

FORUM

«Muslime sollten unserer Kultur entgegenkommen»

Minarett-Initiative, Abstimmung vom 29. November

Ich habe längere Zeit in muslimisch geprägten Ländern gelebt. Zuletzt haben meine Frau und ich in Albanien gearbeitet, also in einem mehrheitlich muslimischen Land, aber mit starken orthodoxen und katholischen Minderheiten. Auf dem Lande sind seit der Befreiung vom Kommunismus etwa zehn katholische Kirchen entstanden, als wichtige Zentren des religiösen und gesellschaftlichen Lebens.

Bei unseren Aufenthalten vor Ort wohnen wir in einem Block zusammen mit etwa einem Dutzend muslimischen und katholischen Familien. Das gegenseitige Verhältnis war ruhig, normal. Draussen kauft man beim muslimischen und beim katholischen Händler ein, sitzt und diskutiert im Café, arbeitet und politisiert zusammen und besucht sich nach altem Brauch gegenseitig an religiösen Festtagen.

Es ist nur zu hoffen, dass keine Hitzköpfe der einen oder anderen Seite auftauchen und das gute Verhältnis stören. Der junge Imam hat in Arabien studiert, aber die lokale Gemeinschaft hat ihm gesagt, was Brauch ist und dass sie keine neuen Regeln wollen. Die Scharia ist für sie kein Thema. Heiraten werden zwar noch oft arrangiert, aber kaum erzwungen.

Ähnlich ist es im Kosovo, woher die meisten Albaner, darunter auch viele Katholiken, und die meisten Muslime in der Schweiz stammen. Sie möchten in Ruhe leben und arbeiten und einen würdigen Ort haben, wo sie sich zum Gebet treffen können, ob mit oder ohne Minarett ist zweitrangig. Ein Ja würde

keines der von den Befürwortern aufgeworfenen Probleme lösen, jedoch Wasser auf die Mühlen von Extremisten lenken. **FRANZ MOOS, ADLIGENSWIL**

An Kirchtürme haben wir uns gewöhnt. Wir assoziieren diese Werbetürme, samt dem Glockengeläut, nicht in erster Linie als das, was sie in Tat und Wahrheit sind, nämlich als Marketinginstrumente einer Religionsgemeinschaft, die mehr und mehr verblasst und an Bedeutung verliert. Aber nun noch Minarette zu bewilligen die als Wahrzeichen einer frauenverachtenden, intoleranten, fundamentalistischen, fanatischen Weltreligion erinnern, das ist nun wirklich nicht nötig. Eine Weltreligion, die notabene die Weltherrschaft und die Einführung der Scharia anstelle der bestehenden Rechtsordnung überall anstrebt. Im öffentlichen Raum sollen und dürfen in Zukunft überhaupt keine religiösen Symbole mehr erlaubt sein. Die Kirchtürme, die schon stehen, kann man lassen. Sie werden in Zukunft an eine Zeit erinnern, als es noch so etwas wie eine kirchliche Macht gab, die es zum Glück heute so nicht mehr gibt.

JOE F. MÜLLER, EMMENBRÜCKE

Ausgerechnet von einem praktizierenden muslimischen, ägyptischstämmigen Geschäftsmann mit Wohnsitz und Eigentum in der Schweiz werde ich in Kenntnis gesetzt, was bei einer Ablehnung der Minarett-Initiative mit unserem Land geschieht. Er erklärte mir, dass ein gläubiger Muslim niemals auch nur einen Gedanken daran verschwende, sich mit einem

Nebeneinander mit Christen abzufinden. Dürften erst mal hier in der Schweiz Minarette errichtet werden, sei es um unseren Frieden, um unsere Traditionen, um unsere Wertvorstellungen und unserem Leben als Frau geschehen. Ein Minarett bedeute Ausübung von Macht, es gehe nicht darum, einen Glauben auszuüben sondern die Andersgläubigen zu verdrängen.

Wenn unser Land zulasse, Minarette zu errichten, begingen wir Selbstmord. Harte, klare und wahre Worte. Ich frage mich, wo sind all die Frauen, welche stets für Unabhängigkeit und Gleichberechtigung plädiert haben? Hat es ihnen die Sprache verschlagen? Bundesbern hatte noch nie eine solch schwache Regierung wie derzeit.

SARA BIRRER, WOLHUSEN

Die Bundesrätinnen Calmy-Rey und Widmer-Schlumpf äusserten sich hinlänglich, dass ihnen die Frauen, die eine Burka tragen, Angst machten und sie dächten darüber nach, die Burka zu verbieten. CVP Präsident Christoph Darbelley stellte diese Frage einmal im Nationalrat an den Bundesrat und bekam zur Antwort, dies sei Religionsfreiheit.

Die Bundesräte sollten sich aber auch bewusst sein, dass es Schweizer gibt, denen ein Minarett auch Angst macht. Nach dem Bau von Minaretten werden die Diskussionen sowieso nicht aufhören, weil es dann um Muezzine und Burka geht. Ich höre schon jetzt wieder die Befürworter predigen, das sei Religionsfreiheit. Dabei ist es wie bei der Kindererziehung: Auch da gilt es, einmal Grenzen zu setzen, ausser man praktiziere eine antiautoritäre Erzie-

hung und wolle keine mühsamen Diskussionen und Verärgerte.

Es ist immer ein Geben und Nehmen. Gönnen wir den in der Schweiz lebenden Muslimen die Religionsfreiheit und eine Moschee, wo sie ihren Glauben praktizieren können. Die Muslime umgekehrt sollten dies wertschätzen und unserer Kultur entgegenkommen, indem sie auf provokative Minarette verzichten. Ich denke, mit diesem Konsens können beide Kulturen leben, ausser die Fundamentalisten, die niemand will. Ich hoffe nur, dass die vielen trägen Stimmbürger jetzt ihre Meinung an der Urne kundtun und nicht im Nachhinein sich beklagen, wie es gekommen ist.

HANSRUEDI KOCH, HOCHDORF

Die Schweiz gibt sich gern international, weltoffen und neutral. Diese Initiative ist es nicht! Sie diskriminiert eine einzelne Religion, während Juden, Buddhisten und Hindus weiterhin ihre Gotteshäuser und Tempel bauen dürfen. Auch das Argument des Islamismus ist total schwachsinnig! Extremismus gibt es in jeder Religion, durch ein Verbot würden wir nur noch mehr Öl ins radikale Feuer giessen. Andere Länder, andere Sitten, sagt man gerne und verweist auf Länder, in denen angeblich auch keine Kirchen mit Turm stehen würden. Das ist kindisch, die Schweiz hätte die Möglichkeit, ein Vorbild zu sein! Und wieder einmal lenkt die SVP mit paranoiden Initiativen von wirklich wichtigen Themen ab. Es wäre ein Armutszeugnis für die Schweiz, wenn die Initiative angenommen würde, ein Beispiel für die verlogene Doppelmoral unserer Gesellschaft.

BAS GASSER, ROTHENBURG

Selbstständigkeit für Oberkirch

Fusionsabklärungen, Abstimmung Oberkirch vom 29. November

Eigentlich hätte man meinen können, dass mit dem klaren Ergebnis der im Frühling bei rund 35 Prozent Beteiligung durchgeführten Umfrage in Oberkirch die Sache klar sei: Der Gemeinderat hätte den Auftrag gehabt, bis auf Weiteres gegenüber den von Sursee dominierten «Fusionisten» die Option Eigenständigkeit zu vertreten. Dazu einige Fragen:

Warum wird das Stimmvolk vom Gemeinderat nicht vorgängig informiert, weshalb überhaupt eine solche Abstimmung angesetzt wird und welche Folgen allfällige weitere Fusionsabklärungen hätten? Stellt sich der Gemeinderat nicht selber etwas widersprüchlich dar, indem er fast gleichzeitig mit der Bekanntgabe dieses Abstimmungstermins die (erfreulichen) Finanz- und Steuerperspektiven bis 2014 veröffentlicht und ein weiteres jährliches Bevölkerungswachstum in den nächsten 10 Jahren von durchschnittlich 3 bis 4 Prozent prognostiziert? Eine Fusion in den nächsten 10 bis 20 Jahren ist daher weder aus finanziellen noch aus strukturellen Gründen nötig! Sursee will offenbar einerseits einfach grösser werden und die doch relativ hohen Schulden auf mehr Köpfe verteilen. Für «Oberchöuch» bräuchte ein Zusammenschluss nur Nachteile und drängt sich bis auf Weiteres nicht auf!

ROBERT FURRER, OBERKIRCH

Bisherige Kunden zahlen die Zeche

TCS-Autoversicherung, Ausgabe vom 19. November

Langjährige TCS-Mitglieder bezahlen die Zeche der Offensive bei der Autoversicherung. Ihnen wird nämlich die gross angekündigte Tarifsenkung bei der Autoversicherung trotz erwähnten Einjahresverträgen nicht automatisch weitergegeben. Der Club wird durch dieses kurzsichtige Denken langfristig wohl ebenso viele Mitglieder abwerben.

BERNADETTE VETTER, LUZERN



«Brennender» Himmel bei Sonnenaufgang

Prächtige Farbenpalette beim Blick von Emmenbrücke Richtung Rigi. **LESERBILD HEINZ SCHÜRSMANN, EMMENBRÜCKE**

Geld für den Luftverkehr

Spezialfinanzierung Luftverkehr, Abstimmung vom 29. November

Die Luftfahrt ist für die Schweiz von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Sie ist ein wichtiges Element der Aussenwirtschaftspolitik und ein zentraler Standortfaktor. Ein grosses Ziel der schweizerischen Luftfahrtspolitik ist es, unser Land optimal an die wichtigen internationalen Zentren anzubinden. Zu diesem Zweck soll die Schweizer Luftfahrtindustrie gestärkt werden.

Im Gegensatz zu anderen Verkehrsträgern erhält die Luftfahrt keine Subventionen durch den Bund. Auf globaler Ebene stehen die Schweizer Unternehmen mit teilweise stark subventionierten Luftfahrtunternehmen im Wettbewerb. Die Schweizer Unternehmen verfügen somit nicht über gleich lange Spiesse. Die Erträge aus der Spezialfinanzierung würden es erlauben, diese Ungleichheiten teilweise auszugleichen. Weitere finanzielle Möglichkeiten stehen dem Bund aufgrund der angespannten finanzpolitischen Lage nicht zur Verfügung. Dank der Spezialfinanzierung erhält die Luftfahrt neuen Schub.

TONY Z'GRAGGEN, PRÄSIDENT DES URNER GEWERBEVERBANDS, ALTDORF

Bisher fließen die Erträge der Mineralölsteuer auf Flugtreibstoffen (Mineralölgrundsteuer und Mineralölsteuerzuschlag) in die Bundeskasse sowie in die sogenannte Spezialfinanzierung Strassenverkehr. Es wäre aber wichtig, dass diese Mittel verursachergerecht verwendet werden. Mit der Spezialfinanzierung Luftverkehr, über die wir am 29. November abstimmen, soll dies entsprechend geändert werden.

Neu sollen die Gelder, die von der Luftfahrt kommen, ihr auch zugutekommen. Rund die Hälfte dieser Gelder soll für Massnahmen zu Gunsten der technischen Sicherheit aufgewendet werden. Zudem würde ein wichtiger Beitrag für die Finanzierung der Flugsicherung auf den Regionalflughäfen geleistet. Damit können die Regionalflughäfen weiterhin ihre wichtige Funktion für das Gewerbe und den Tourismus wahrnehmen.

Die Schaffung der neuen Spezialfinanzierung hat keine negativen Einflüsse auf den zukünftigen Bau oder Unterhalt der Strassen. Mit der neuen Spezialfinanzierung der Luftfahrt verbessern wir die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Luftfahrt.

PETER TRESCH, SVPLANDRAT, GÖSCHEHEN

Wichtige Weichen für die Zukunft stellen

Tiefbahnhof Luzern, Abstimmung vom 29. November

Bei der Abstimmung zum Planungskredit von 20 Millionen Franken für den Tiefbahnhof können wir die Weichen stellen. Das Projekt ist die zweckmässigste Variante, um die akuten Kapazitätsprobleme bei der Zufahrt zum Bahnhof Luzern zu lösen.

Mit der neuen, direkten Linienführung ab Ebikon werden die bestehenden Engpässe sowohl am Rotsee als auch im unmittelbaren Zufahrtsbereich des Bahnhofs beseitigt. Das Projekt schafft freie Kapazitäten auf allen Zufahrtsachsen und eröffnet damit die Möglichkeit, das Fahrplangebot im Fern- und Regionalverkehr auszubauen.

Der Tiefbahnhof Luzern nützt also allen. Er verbessert die Erreichbarkeit von Stadt und Region. Von diesem Projekt profitieren die Stadt, die Agglomeration und die Landschaft gleichermaßen. Wohnorte, Arbeitsplätze, Kulturstätten, Freizeitangebote und Naherholungsgebiete können besser erschlossen werden. Die Erreichbarkeit ist ein wichtiger Standortfaktor. So stützt das Projekt auch klar unsere Wirtschaft

Auch wenn letztlich die Weichen in Bern gestellt werden, ist wichtig, dass man bei dieser Weichenstellung an Luzern denkt. Eindeutig hat der Kantonsrat mit 118 zu 0 Stimmen Ja zum Kredit gesagt. Doch das Projekt braucht auch das Ja der Bevölkerung mit einer guten Stimmbeteiligung. Eine hohe Zustimmung hilft unseren Parlamentariern in Bern, die Zentralschweizer Vorhaben mit Nachdruck und Erfolg vorwärtszubringen, damit Luzern zum Zug kommt.

Der Tiefbahnhof Luzern ist ein Jahrhundertwerk, auch die nachfolgenden Generationen werden davon profitieren.

FRANZ WICKI, ALTSTÄNDERAT, PRÄSIDENT ZENTRALSCHWEIZER KOMITEE TIEFBAHNHOF LUZERN

In Anbetracht dessen, dass in den nächsten Jahren grosse Geldsummen aufgewendet werden müssen, um die Verkehrs- und insbesondere die Bahninfrastruktur zu erhalten und zu erweitern, müssen solche Grossprojekte absolut dringend auch im Bereich von Alternativlösungen geprüft werden.

Mit dem vorgesehenen Kredit wird sehr einseitig nur die Variante Tief-

bahnhof vorangetrieben. Eine Lösung mit zwei Sackbahnhöfen übereinander, vorerst ohne Durchgangsverbinding, die sehr viel mehr Verkehr ins Zentrum bringt und die keine Vorschläge hat, wie die Verteilung in die Agglomerationen gelöst werden kann.

Das Problem des öffentlichen Verkehrs muss aber unbedingt ganzheitlich und längerfristig geplant und gelöst werden. Der Bahnverkehr und die Positionierung des Bahnhofs spielen da zweifellos eine ganz zentrale Rolle. Nun gibt es bereits genügend Alternativvorschläge, die unbedingt auch geprüft werden müssten, bevor eine einseitige Planung eingeleitet wird.

Fragen bleiben offen: Ein Doppelspur-Durchgangsbahnhof Emmenbrücke, verbunden mit der Sicherstellung der Anbindung an den internationalen Nord-Süd-Verkehr und an die Neat, allenfalls in Kombination mit der Umgestaltung des Seetalplatzes, die Anbindung der Zentralbahn an einen allfälligen Bahnhof Luzern-Nord, schienengebundene Tangentialverteilung des Pendlerverkehrs – all diese Fragen bleiben mit dieser Vorlage offen! Der vorgesehene Projektkredit lässt dafür praktisch keinen Spielraum.

MARKUS KÄCH, EMMENBRÜCKE